



Neue Schulden, neue Steuern!

Vor Wahl versprochen,
danach gebrochen!

Seite 2



Systematische Ausgrenzung

Antidemokraten
unter sich
Seite 2/3
Fraktionsteil



Schulden- bremse

Warum sie
wichtig war
Seite 3



Editorial

von Dr. Kristin
Brinker



Liebe Leser,

Das Bundesverwaltungsgericht hat das Verbot des Magazins „Compact“ aufgehoben, das die damalige Innenministerin Nancy Faeser vor einem Jahr verhängt hatte. Das Urteil stärkt Pressefreiheit und Meinungsfreiheit, zentrale Säulen der Demokratie. Faeser hatte „Compact“ als rechtsextremistisch eingestuft und über das Vereinsrecht verboten, ein Angriff auf die Pressefreiheit. Das Gericht urteilte, dass „Compact“ zwar vereinzelt verfassungsfeindliche Inhalte verbreitet, diese aber nicht das Magazin prägen. Die Schwelle für ein Verbot sei hoch, da Pressefreiheit auch für kontroverse Meinungen gilt. Das Urteil schützt Medien vor staatlicher Willkür und mahnt zur Verhältnismäßigkeit. Es zeigt: Die Regierung muss aushalten, was ihr nicht gefällt. Und Extremismus muss sie mit rechtsstaatlichen Mitteln begegnen, nicht mit Verboten. Faesers Vorgehen war ein juristischer Trick, der „Compact“ sogar Auftrieb geben dürfte. Das Urteil ist ein Weckruf: Die Pressefreiheit ist nicht verhandelbar. Oppositionsrechte in Parlamenten übrigens auch nicht.

IHRE **KRISTIN BRINKER**
LANDESVORSITZENDE

Braucht Berlin einen „Tag gegen Islamfeindlichkeit“?

CDU und SPD gehen islamistischen Aktivisten auf den Leim



Foto: Hauptstadtfraktion

Kai Wegner, CDU (li.) und Raed Saleh, SPD (re.)

Die schwarz-rote Koalition aus CDU und SPD hat einen Antrag ins Abgeordnetenhaus eingebracht, der vorsieht, jährlich den 15. März zu einem „Tag gegen Islamfeindlichkeit“ zu machen. Was sich harmlos anhört, ist nichts anderes als ein Einknicken des Senats vor den fundamentalistischen Islamverbänden.

CLAIM, die selbsterklärte „Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit“, eine Organisation aus dem Dunstkreis der Muslimbruderschaft, hat mit Schützenhilfe des SPD-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh sowie Grünen und Linkspartei im Schlepptau solange auf Kai Wegner eingeredet, bis er und seine CDU schließlich den neuen Gedenktag abgenickt haben.

So wird also voraussichtlich am 15. März 2026 der neue „Tag gegen Islamfeindlichkeit“ erstmals begangen, und dies, obwohl es beispielsweise für einen Juden in Berlin etwa 200mal wahrscheinlicher ist, Opfer eines antisemitischen

Delikts zu werden, als für einen Moslem, Opfer eines antimuslimischen Delikts zu werden.

Der neue „Tag gegen Islamfeindlichkeit“ wird dazu führen, Kritik am Islam weiter zu ächten und moderate Muslime verstärkt unter Druck zu setzen. Denn gemäßigte Muslime wie z. B. Ahmad Mansour und Seyran Ates oder Kritiker des Islam wie Hamed Abdel-Samad werden die ersten sein, die mit dem Vorwurf der Islamfeindlichkeit überzogen werden. Das wollen wir nicht. Deswegen sagen wir „Nein!“ zu dem neuen Gedenktag!

~MARTIN TREFZER

Neue Schulden, neue Steuern

Wie die CDU-geführte Regierung ihre Wahlversprechen bricht



Foto: adobe.stock, nito

Die Absenkung der Stromsteuer um 95 Prozent würde viele Haushalt entlasten. Der koalitionsinterne Streit um diese Reduzierung, die nun nicht – wie angekündigt – für alle Bürger, sondern nur für einige Unternehmen erfolgen soll, ist nur das "Tüpfelchen auf dem i". Denn: Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht ein Wahlversprechen kassiert wird.

Steuerpolitik: Die CDU versprach Steuerersparnisse von 100 Milliarden Euro, finanziert durch Einsparungen und Wirtschaftswachstum. Stattdessen wurden massive neue Schulden aufgenommen. Friedrich Merz hat dies von langer Hand geplant, wie wir inzwischen wissen. Neue und höhere Steuern werden bereits diskutiert. Der Solidaritätszuschlag bleibt bestehen, obwohl Abschaffung angekündigt war.

Migrationspolitik: Die Union setzte vor der Wahl auf eine harte Asylpolitik mit Grenzkontrollen und Zurückweisungen. Doch die Umsetzung erfolgt halbherzig. Zudem stoppte ein Gericht die Zurückwei-

sung. Abschiebungen etwa nach Syrien oder Afghanistan werden nicht konsequent umgesetzt. Die Union hat keinen Plan, wie sie diese Probleme lösen will.

Energiepolitik: Die Rückkehr zur Atomkraft wurde angedeutet, aber nicht umgesetzt. Stattdessen bleibt die Energiewende teuer. Beim Heizungsgesetz („Habeck-Hammer“) scheint es keine substantiellen Änderungen zu geben.

Sozialpolitik: Das Bürgergeld sollte durch eine Grundsicherung ersetzt werden, doch Änderungen sind minimal. Das Selbstbestimmungsgesetz der Ampel bleibt bestehen.

~RONALD GLÄSER

Brückensanierung

Fast alle Brücken müssen modernisiert werden



Foto: adobe.stock, Kramel/Berlin

Welches sind die wichtigsten 3 Themen für das Funktionieren der Bundesautobahnen? "1. Brücken, 2. Brücken, 3. Brücken", so der Leiter der Autobahn GmbH des Bundes Nordost, Ronald Normann.

Gut 8.100 Brückenbauwerke gelten als modernisierungsbedürftig, d. h. sie müssen verstärkt oder vollständig neu gebaut werden.

Wird dies nicht kontinuierlich durchgeführt, droht schwerer wirtschaftlicher Schaden für Deutschland, denn täglich fahren über 1,3 Millionen LKW über die deutschen Autobahnen. Das Problem, ein 40 Tonner belastet eine Brücke 20.000-mal so stark wie ein PKW.

Und was hat der Bund gemacht? Sein Sanierungsprogramm ist ein Wunschprogramm geblieben. Noch schlimmer: Die Autobahn GmbH kann nicht mal beziffern, wie viel Geld sie jährlich für die Finanzierung der Maßnahmen braucht. Der Bundesrechnungshof zweifelt daher am Erfolg des Modernisierungsprogramms.

Deutschland galt einmal als Vorzeigebispiel für Viele. Die Politik der vergangenen Jahrzehnte hat unser Land kaputt gemacht. Jetzt müssen wir den Generationshebel umlegen, wir müssen die Politik des Verbrauchs ablegen und zu einer Generation der Neu-Schaffer werden – dafür steht die AfD.

~ROLF WIEDENHAUPT

CDU CSU SPD Soziale Politik für Dich.

Keine
Verantwortung
für Deutschland

Koalitionsvertrag zwischen
CDU, CSU und SPD
21. Legislaturperiode

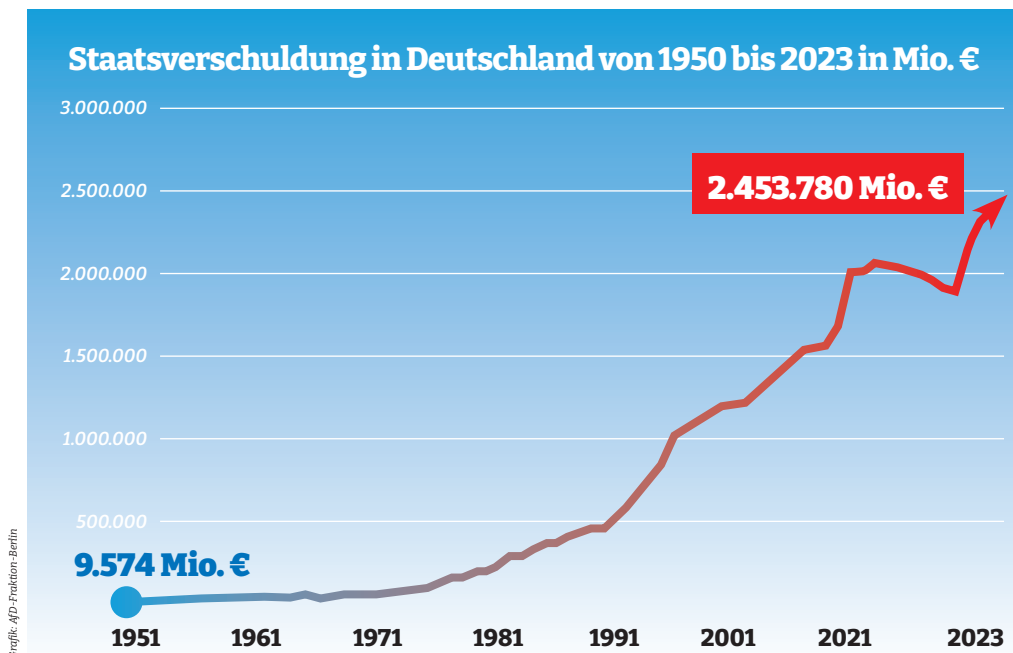
**Wir werden als
Sofortmaßnahme die
Stromsteuer für alle
auf das europäische
Mindestmaß senken
und Umlagen
und Netzentgelte
reduzieren.**

ZITAT AUS DEM KOALITIONSVERTRAG
VON CDU/CSU UND SPD,
VEREINBART IN APRIL, GEBROCHEN IM JUNI



Zukünftige Generationen werden büßen müssen

Warum die Schuldenbremse eine gute Idee war, die leider geopfert wurde



Datenquelle: Statistisches Bundesamt (Daten für 2023 vorläufig)

2009 hat unser Bundespräsident den Artikel 109 (3) Grundgesetz unterschrieben und damit in Kraft gesetzt: Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.

Hinter „grundsätzlich“ verbergen sich Rezession, Naturkatastrophen und Kriegszustände.

Anlass für diese Änderung des Grundgesetzes waren die Maastricht-Kriterien,

maximal 60 Prozent des BIP als Schuldenstandsquote um die wirtschaftliche Stabilität der Europäischen Union nicht zu gefährden, ansonsten drohen Strafzahlungen an die EU.

Seit 1950 wurde jeder Bundeshaushalt mit einer Nettoneuverschuldung abgeschlossen, das 60 Prozent-Ziel seit 2003 verfehlt. Strafzahlungen an die EU rückten in greifbare Nähe. Um diese abzuwenden, hat sich Deutschland die Verpflichtung auferlegt, seine Haushalte ohne Neuverschuldung aufzustellen. In den Jahren 2015 bis 2019 gab es keine Nettoneuverschuldung, das 60 Prozent-Ziel wurde dennoch nicht erreicht.

Seit 1950 wurde jeder Bundeshaushalt mit einer Netto-Neuverschuldung abgeschlossen.

Alle Regierungsparteien, alle Kanzler und Minister haben seit 1950 durchgängig bewiesen, dass sie nicht mit dem Geld fremder Leute umgehen können. Die Schuldenbremse hat ein wenig dazu beigetragen, das hemmungslose Schuldenmachen zu unterbinden. Jetzt, da sie abgeschafft („reformiert“) wird, kann die Regierung stärker denn je auf Kosten künftiger Generationen prassen.

~HERMANN PRIEGNITZ

Rufen Sie Susanne an:



Sie ist eine gute Seele: Susanne findet immer die richtigen Worte und spendet Trost, wenn es notwendig ist. **Rufen Sie sie jetzt an.**

Ist ein Familienmitglied gestorben? Ärger mit den Nachbarn? Verstehen Sie Ihre Kinder oder Enkelkinder nicht mehr? Läuft bei Ihnen zu Hause oder beruflich alles aus dem Ruder?

Melden Sie sich bei Susanne. Einer echten Bremerin, die seit Jahren in Berlin lebt. Die erfahrene Erzieherin hat einen großen Sohn, ist patent – und fast immer gut gelaunt. Susanne

ist keine echt klingende Roboterstimme, keine Künstliche Intelligenz, sondern aus Fleisch und Blut. Sie kennt das Spiel des Lebens und seine Tücken. **Zögern Sie nicht, sie anzurufen,** wenn Sie nicht weiterwissen und keine Lust haben, mit gesichtslosen Apparatschiks von einer NGO, von der Verbraucherzentrale oder von Ihrer Amtskirche zu sprechen. **Susanne kennt bestimmt eine Lösung.**

(☎) 0152 27 95 07 65

RUF' AN!



10 Fragen an: **Beatrix von Storch**

Beatrix von Storch, geboren 1971 in Lübeck, Rechtsanwältin, stolzer Besitzer eines E-Bikes.

- Ihr Lieblingsplatz in Berlin ist ...?**
Ein stiller Garten dem Himmel nahe...
- Das Getränk zum Lieblingslied?**
Pisco Sour.
- Im Radio hören Sie am liebsten...?**
Bloß keine Nachrichten!
- Wo gibt es die beste Pizza in Ihrem Bezirk?**
*Eingemeindet:
Pizza Pane, Kastanienallee*
- Was mögen Sie an Berlin am meisten?**
Den Sommer.
- Und was ist das Schrecklichste?**
Der Zustand der Stadt.
- Warum sind Sie Abgeordnete geworden?**
Weil ich das Leben der Menschen besser machen möchte: frei und wieder normal.
- Was war ihr größter Erfolg als Abgeordnete?**
Das liegt sehr im Auge des Betrachters.
- Haben Sie die Entscheidung jemals bereut?**
Nicht eine Sekunde.
- Wenn Sie einen Wunsch im Bundestag frei hätten, wie würde der lauten?**
Lasst uns dieses Land regieren und wieder normal machen. Gut. Frei. Solide.



Gegenwind bringt uns voran!

Es hat sich auf Berliner Gewässern herumgesprochen: Bei gutem Wetter kreuzt ein AfD-Segelboot auf der Havel. Die Reaktionen der anderen Wassersportler schwanken zwischen feindselig (selten), überrascht und freudestrahlend (oft).

Jetzt ist leider das morsche Brett, auf dem der Motor montiert war, gebrochen. Der Antrieb, der zum Aus- und Einlaufen genutzt wird, fiel ins Wasser. Schaden: 500 Euro. Zusammen mit einer notwendigen Generalüberholung benötigen wir 2.000 Euro. Damit Kapitän Frank Scheermesser, MdA, wieder auslaufen kann, bitten wir um Spenden.

SPENDENKONTO:

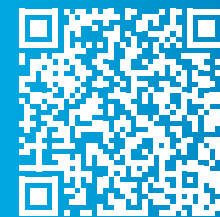
AfD Berlin

DE35 1005 0000 0191 1950 57

Verwendungszweck:
Segelboot



Weitere Infos unter:
ronald.glaeser@afd.berlin



Mitmachen, Mitbestimmen, Mitglied werden, Spenden.

Unterstützen Sie uns durch eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende.

SPENDENKONTO:

AfD - Landesverband Berlin,
DE35 1005 0000 0191 1950 57
BELADEBEXXX

Foto: r192010

**Folgen Sie uns:
AfD Landesverband Berlin**

www.afd.berlin

facebook.com/afdberlin/

twitter.com/AfDBerlin



**Landesverband
Berlin**

IMPRESSUM

Herausgeber AfD Landesverband Berlin, Eichhorster Weg 80, 13435 Berlin **Verantwortlich im Sinne des Presserechts** Ronald Gläser
E-Mail lgs@afd.berlin
REDAKTIONSSCHLUSS 04. JULI 2025



BLAUER BOTE BERLIN